

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

9.2.1931 (No. 33)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenmal. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostillschließung tritt der Fall der Haftung verspätet, in höchstem Umfang oder nicht ein. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Straßenschilderregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

im Bezirk des Landesamtes Südwestdeutschland
in der Zeit vom 16. bis 31. Januar 1931

Die Zahl der Arbeitslosen, die bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern als arbeitssuchend vorgemerkt waren, hat in der zweiten Januarhälfte dieses Jahres erstmals das dritte Hunderttausend erreicht. Einschließlich eines etwa auf 4 bis 5 v. H. zu schätzenden Anteils von Leuten, die noch in Arbeit standen, betrug die Gesamtzahl der eingetragenen Personen am 31. Januar 311 583; in den Wintern 1929 und 1930 hatten die Höchstzahlen bei zweihunderttausend gelegen. Von den einzelnen Berufsgruppen war das Baugewerbe mit 61 000 Mann, die Metallindustrie mit 50 000 Personen, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 44 000, die Gruppe der ungelerten Arbeiter ohne die Bauhilfsarbeiter mit 40 000 und die Holzindustrie mit 22 000 Personen zahlenmäßig am meisten beteiligt; auch die Zahl der Stellenjungen aus den Angestelltenberufen betrug fast 20 000 Personen. Verhältnismäßig am meisten betroffen waren die Tabakarbeiter mit rund 80 v. H., die Bauarbeiter mit 70 v. H., die Arbeiter der Industrie der Steine und Erden mit 80 v. H., die Holzarbeiter mit 25 v. H. und die Metallarbeiter mit 20 v. H. der Arbeiterschaft. Dabei ist zu berücksichtigen, daß innerhalb der großen Gewerbegruppen in einzelnen Gewerbeten, wie z. B. unter den Ziegler- und Steinbrucharbeitern, eine stärkere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist als in der Gesamtgruppe. Unter den Angestellten betrug die Arbeitslosigkeit noch nicht 10 v. H. der Angestelltenzahl. Infolge der Stilllegungen in der Tabakindustrie hat sich die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die beiden Geschlechter erheblich verschoben, von den 242 000 arbeitssuchenden Ende Dezember kam ein Fünftel (48 000) auf die Frauen; Ende Januar betrug der Anteil der Frauen ein Viertel, nämlich von 312 000 fast 78 000; 34 000 davon kamen auf das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Von den Arbeitslosen waren zwei Drittel Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, und in der Kreisenunterstützung. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 31. Januar 1931 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung:
163 194 Personen (128 630 Männer, 34 564 Frauen),
in der Kreisenunterstützung:
31 647 Personen (28 608 Männer, 3039 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 26 978 Personen oder um 16,1 v. H.
von 167 893 Personen (141 932 Männer, 25 961 Frauen),
auf 194 841 Personen (157 238 Männer, 37 603 Frauen),
davon kamen auf Württemberg 86 006 gegen 75 814,
und auf Baden 108 835 gegen 92 049 am 15. Januar 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesamtes Südwestdeutschland kamen Ende Januar 1931 auf 1000 Einwohner 38,7 Hauptunterstützungsempfänger gegen 25,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Betrachtungszeit hauptsächlich von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Die Arbeitslosenzahl im Baugewerbe hat noch einmal etwas zugenommen; sie betrug Ende Januar 35 600 Facharbeiter und 26 600 Hilfsarbeiter. In der Industrie der Steine und Erden war ebenfalls nochmals ein weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Zugänge kamen meistens aus Ziegelleien und aus der Zementindustrie. Die Arbeitslosenzahl betrug rund 9000 Arbeiter und war um mehr als 1000 Personen höher als im Frostwinter 1929. In der Land- und Forstwirtschaft ist die nochmalige Zunahme der Arbeitslosenzahl auf die Entlassungen von Forstarbeitern zurückzuführen, die in manchen Bezirken einen erheblichen Umfang hatten. In einem Arbeitsamtsbezirk des Schwarzwaldes meldeten sich allein 200 Forstarbeiter arbeitslos. Die Vermittlung von landwirtschaftlichen Dauerkräften zu Dächern war noch nie so gering wie in diesem Jahre. In einem Arbeitsamtsbezirk des Oberlandes, wo zu Dächern im vorigen Jahre 800 Dienstboten vermittelt wurden, konnten in diesem Jahre nur 150 Vermittlungen erzielt werden. Sehr gesucht sind unter den landwirtschaftlichen Arbeitskräften nur die jüngsten Jahrgänge. Die Vermittlung von Kräften, die älter als 20 Jahre sind, macht vorläufig noch ziemlich Schwierigkeiten.

In der Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war die Vermittlungstätigkeit etwas lebhafter, sie blieb aber an Umfang ebenfalls hinter den Vorjahresergebnissen erheblich zurück. In der Berufsgruppe häusliche Dienste macht sich in der Zahl der Arbeitsjungen die schlechte Arbeitsmarktlage für Industrie- und Arbeiterinnen sehr bemerkbar.

In der Industrie hatten in der Betrachtungszeit sämtliche Gruppen immer noch wachsende Arbeitslosenzahlen aufzuweisen. Die Anstiegskurve der Arbeitslosigkeit hat sich aber ganz erheblich verflacht. In der Metallindustrie haben sich einige Verbesserungserscheinungen bemerkbar gemacht. Die Rückrufe von Arbeitskräften, welche von der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie, von der Baumwollmaschinenindustrie und anderen Maschinenfabriken borgenommen wurden, wurden durch die Entlassungen in der Nähmaschinenindustrie, in der Herdfabrikation, in der Metallwarenherstellung, in der Uhrenindustrie und in der Schmiedwarenindustrie wieder aufgehoben. Neuerdings ist auch die Nadelindustrie, die bisher sehr gut beschäftigt war, zu Betriebsbeschränkungen und Entlassungen gekommen.

In der Textilindustrie ist die Lage andauernd unheimlich und schwankend. Die Betriebe der Trikot- und Strickwarenindustrie haben zum Teil gar keine saisonmäßige Abschwächung, aber auch recht beträchtliche Einbußen des Beschäftigungsstandes erfahren. In der Baumwollspinnerei und -weberei

Letzte Nachrichten

Vor der heutigen Reichstags-Sitzung Barometer steht auf Sturm!

M. Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Nach der Abstimmung am Samstag hat sich das Kraftgefühl der Mitte und der Sozialdemokraten außerordentlich gehoben. Man sieht infolgedessen den politischen Kämpfen des heutigen Tages im Reichstag mit großer Ruhe entgegen, obwohl man damit rechnet, daß es zu stürmischen Szenen ersten Ranges kommt. Namentlich bei der Aufhebung der Immunität zahlreicher Abgeordneter der radikalen Parteien. Es verlaute, daß von den Nationalsozialisten oder von den Kommunisten vielleicht wiederholt der Versuch gemacht werden wird, die Sitzung zu sprengen. Man ist aber gerade deshalb einflusslos, es auf's äußerste ankommen zu lassen und gegebenenfalls weitere Verschärfungen der Geschäftsordnung ins Auge zu fassen. Sollte, was im Übrigen durchaus möglich ist, die Abänderung der Geschäftsordnung nicht schon heute erledigt werden können, so wird es morgen beim Etat des auswärtigen Amtes ziemlich lebhaft zugehen, zumal in politischen Kreisen behauptet wird, daß Curtius entschlossen sei, die Gegenoffensive zu ergreifen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung, die um 3 Uhr beginnt, stehen zunächst die Anträge aller Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten zur Reform der Geschäftsordnung und des Pressegesetzes. Die erste Unterschrift unter diesen Anträgen ist die des Zentrumsvizepräsidenten Dr. Well. Dieser wird auch die Anträge begründen. Es handelt sich dabei einmal um den bekannten Antrag, der die Geschäftsordnung verschärft und den Geschäftsgang vereinfacht, dann um eine Änderung des Pressegesetzes dahin, daß immune Abgeordnete nicht mehr als verantwortliche Redaktoren zeichnen können. Schließlich steht im Mittelpunkt des Kampfes der Antrag Raab (Wahr. Rp.), der darauf hinausläuft, daß alle jetzt vorliegenden Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten bewilligt werden sollen. Die Oppositionsparteien haben bereits die schärfste Obstruktion bei der Beratung der Anträge angekündigt. Die heutige Sitzung wird also sofort mit erregten Auseinandersetzungen über Tagesordnung und Geschäftsordnung beginnen.

Ueberwindung der Vertrauenskrise

Die Probleme der Arbeitslosigkeit

M. Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen bespricht man lebhaft den bemerkenswerten Stimmungsumschwung, der in den Äußerungen der Sonntagspresse bei der Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck kommt. Man äußerlich gesehen, geht dieser Wechsel politisch auf die starke Mehrheit zurück, die sich im Reichstag hinter die Regierung Drüning gestellt hat, wirtschaftlich auf die Behebung der Krise. Dahinter aber steht noch ein anderes außerordentlich wichtiges Ereignis, das es nämlich in den letzten Tagen gelungen ist, die kurzfristigen Auslandskredite, die nur bis zum 15. Februar verlängert worden waren, für weitere drei Monate zu sichern.

Man warnt aber gleichzeitig vor einem rosenroten Optimismus, der die Gefahr von Rückschlägen in sich bergen würde. Nach Ansicht führender Kreise kann die Besserung sich nur allmählich vollziehen, und sie schließt vor allem die Notwendigkeit ein, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems gefunden wird. In diesem Zusammenhang verlaute übrigens, daß, ähnlich wie bei der W.G., auch in anderen Betrieben die fünf-tägige Arbeitswoche eingeführt werden soll, durch die weitere Entlassungen vermieden werden dürften. Auch für die Reichsbetriebe ist an ähnliches Arbeiten gedacht. Der Reichsarbeitsminister rechnet damit, daß der Brauns-Ausschuß ihm bereits in wenigen Wochen Vorschläge unterbreiten wird, die die Grundlage für die Eingliederung weiterer Kräfte in den Arbeitsprozess bilden sollen.

Ist die Lage nicht gebessert. Entlassungen wurden vorgenommen in der Dedenfabrikation und in der Leppidweberei. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 9150 Personen, 3508 Männer und 5642 Frauen.

In der Holzindustrie hat die Arbeitslosigkeit ebenfalls weiter zugenommen. Die Zugänge kamen wieder zum größten Teil aus den Sägewerken, sowie aus den Möbel- und Bau-schneidereien. Beteiligt daran war auch die Musikinstrumentenfabrikation. Belegung zeigte nur die Karosseriebranche.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe erhält die Lage immer noch durch das Stilllegen der Tabakindustrie ihre Gepräge. Einige Firmen sind in Filialbetrieben zur Wiederaufnahme der Arbeit geschritten. Die Wiederaufnahme erfolgte jedoch in den meisten Fällen mit vermindelter Belegschaft, zum Teil ist auch schon wieder BetriebsEinstellung erfolgt. Ende Januar betrug die Gesamtzahl der in der Statistik erfaßten Arbeitslosen aus dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe rund 44 000 Personen, wovon 34 000 Frauen waren. Das Bekleidungs-gewerbe hatte mit 19 718 Personen (6438 Männer, 4280 Frauen) noch nie so viele Arbeitslose wie in diesem Jahre. Nach den übereinstimmenden Berichten der Arbeitsämter waren in der zweiten Hälfte des Jahres keinerlei Anzeichen für eine Besserung zu beobachten. In der

*Der Erfolg des Reichskanzlers

Wir gingen in unseren Betrachtungen am letzten Samstag davon aus, daß sich die Situation für das Kabinett im Parlament zweifellos gebessert habe, und daß bei den zu erwartenden Abstimmungen mit einem Erfolg des Reichskanzlers zu rechnen sei. Bereits am Samstag haben solche Abstimmungen stattgefunden, und sie haben alle ein für die Regierung erfreuliches Ergebnis gehabt.

Ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett ist ebenso wie ein Antrag auf Reichstagsauflösung mit Mehrheit abgelehnt worden. Die Mehrheit bei der Abstimmung ad 2 war besonders groß, weil diesmal auch die Abgeordneten des Landbundes gegen den Antrag stimmten, und zwar mit der Begründung, daß sie die Maßnahmen des Mißtrauensprogramms durch eine Reichstagsauflösung nicht gefährden lassen wollten. Über gewisse Abänderungsanträge zum Etat des Reichskanzlers ging man gleichfalls mit Mehrheit zur Tagesordnung über. Der Etat der Reichskanzlei wurde en bloc angenommen.

Wie sieht nun die Mehrheit aus, die am Samstag für das Kabinett eingetreten ist? Sie setzt sich zusammen aus folgenden Parteien: Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, von der nur einige Mitglieder sich der Stimme enthielten, Christlich-Sozialen sowie Sozialdemokraten und Spaltparteien. Bei der Abstimmung über den entscheidenden Antrag, den Mißtrauensantrag, ergab sich eine Mehrheit von 72 Stimmen. Sie ist doppelt so groß, wie die bei der Abstimmung vom 6. Dezember vorigen Jahres.

Für den Mißtrauensantrag haben gestimmt: die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und merkwürdigerweise die Landvolksfraktion. Hier hatte es vorher sehr lebhaft Auseinandersetzungen gegeben. Denn das gleiche Argument, das für die Ablehnung einer Reichstagsauflösung galt, mußte eigentlich auch in diesem Falle gelten. Eine Regierungskrise würde wahrscheinlich — ob mit oder ohne Reichstagsauflösung — die Mißtrauensmaßnahmen in einer für die Landwirtschaft verhängnisvollen Weise verzögern. Vier Abgeordnete der Landvolkspartei, darunter ihr Führer Dr. Gerke, haben sich der Abstimmung ferngehalten und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie die Haltung ihrer Fraktion in dieser Frage nicht billigen.

Jedenfalls hat die Reichstags-Sitzung vom letzten Samstag mit einem Erfolg des Reichskanzlers geendet. Es ist eine völlig ausreichende Mehrheit, auf die er sich stützt. Und es steht zu hoffen, daß diese Mehrheit auch weiterhin für seine Politik eintreten wird.

Ein demonstrativer Flaggentausch

Br. Hamburg, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Die Hamburger Reederei Bogemann hat auf ihren beiden Schiffen „Bogesen“ und „Bogland“ auf hoher See die deutsche Flagge niedergeholt und die von — Panama geholt. Einmal handelt es sich dabei um Erparnisse an Gebühren und deutschen Soziallasten. Außerdem hat die Reederei aber vorher ein Feuerberufung von 25 Proz. eintreten lassen. Behauptet wird ferner in Hamburg, daß auch politische Gründe mitgespielt haben, da die beiden Inhaber rechtsradikalen Parteien angehören. Wie wir dazu erfahren, sind bei den Hamburger Reedereiverbänden bereits amtliche Ermittlungen eingeleitet worden. Es handelt sich um sehr schwierige juristische Fragen des internationalen Rechtsstandes. Die Angelegenheit fällt in erster Linie in das Gebiet des Reichsarbeitsministeriums.

Schuhindustrie sind die Entlassungen bei zwei größeren Betrieben des Oberlandes zu erwähnen, die zusammen 150 Arbeiter entließen. Einschränkungen wurden auch in der Hand-schuhfabrikation vorgenommen.

In den übrigen Berufs- und Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Schließung der Straußwirtschaften

Die in der Karlsruher Zeitung vom 4. Februar 1931 Nr. 20 erschienene Mitteilung, daß in wenigen Fällen den Straußwirtschaften eine Verlängerung bis zum 28. Februar erteilt worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Nach § 16 Abs. 1 der Gaststättenverordnung vom 15. September 1930 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 171) darf der auf eigenen oder gepachteten Gütern erzeugte Wein und Apfelwein während 4 Monaten nach Herbstbeginn bis längstens 1. Februar des folgenden Jahres ausgeschenkt werden. Die äußersten Zeitpunkte, innerhalb deren Straußwirtschaften zugelassen werden dürfen, sind sonach der Herbstbeginn und der 1. Februar des folgenden Jahres. In keinem Falle ist eine Verlängerung über diesen Termin hinaus erteilt worden.

Die Kalenderreform

Der Kalender des „ewigen Jahres“

Der Sachverständige des Völkerverbundes für die geplante Kalenderreform, Direktor Gotsdörfer, hat in Wien in einer interministeriellen Konferenz über den gegenwärtigen Stand der Kalenderreform berichtet, zu der im Oktober d. J. in Genf eine internationale Konferenz der Regierungen endgültig Stellung nehmen soll.

Der Grundgedanke dieser Reform ist, an Stelle des für eine aderbautreibende Welt seinerzeit eingeführten gregorianischen Kalenders einen Kalender zu setzen, der den Bedürfnissen der modernen Zeit, des industriellen und wirtschaftlichen Fortschritts mehr entspricht. Die Nachteile des jetzigen Kalenders, die verschiedenen Längen der Monate, die sich in jedem Jahr gegen das vorangegangene verschiebenden Daten der Tage, die Ungleichheit der Osterzeit und andere sollen einer Einteilung des Jahres in dreizehn Monate mit je vier Wochen weichen, wobei jeder Tag in diesem Jahr auf dasselbe Datum fallen würde, was für jegliche Buchführung, für alle staatlichen und privaten Organisations- und Verwaltungsmaßnahmen von großem Vorteil wäre. Eine Schwierigkeit würde sich hierbei allerdings durch die Notwendigkeit ergeben, den bei dieser Fortsetzung übrig bleibenden 365. Tag in das System einzufügen. Gotsdörfer teilte mit, daß dieses „ewige Jahr“ in zahlreichen Industrieunternehmen Amerikas, auch in den Stoba-Werken in Bilsen versuchsweise eingeführt worden sei und man gute Erfahrungen damit gemacht habe. Er glaube, daß alle Länder, die er zur Zeit wegen der Kalenderreform studienhalber bereise, grundsätzlich einverstanden sein würden.

Von Wiener maßgebender katholischer Seite wurde einer Zeitung auf Anfrage mitgeteilt, daß die letzte Entscheidung der Papst treffen werde, der wohl erst die Stellungnahme aller weltlichen Körperschaften abwartet.

Tittoni †

Der frühere italienische Minister des Auswärtigen, Senator Tommaso Tittoni, ist am Samstag im Alter von 82 Jahren in Rom an den Folgen einer Grippe gestorben.

Er hat als Außenminister verschiedener Kabinette in den für das Schicksal des Dreiebundes entscheidenden Jahren 1903 bis 1909 mit kurzer Unterbrechung die internationale Politik Italiens geleitet. Unter seiner Leitung geriet die italienische Politik immer mehr ins Fahrwasser Frankreichs und Englands. 1910 ging Tittoni als Botschafter nach Paris, wo er bis zum Jahre 1916, also bis nach dem Eintritt Italiens in den Krieg, blieb. Im Juni 1919 wurde er im Kabinett Nitti wiederum Außenminister und wirkte als Ratgeber der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly mit. In den Jahren 1929 bis 1932 führte er regelmäßig die italienischen Delegationen beim Völkerverbund. Später wurde er zum Präsidenten des Senats gewählt. Dieses Amt bekleidete er auch nach dem Sieg des Faschismus bis zum Jahre 1929. Er war danach der erste Präsident der von Mussolini gegründeten Accademia d'Italia.

Ein Anhänger der Verständigungspolitik gestorben

Wien, 9. Febr. (Tel.) Der bisherige ständige Mitarbeiter des „Deutschen“, Victor Schnell, der vor dem Kriege der ständige Mitarbeiter der „Humanität“ und einer der Vertrauten von Jean Jaurès war, ist gestern gestorben. Schnell ist stets Anhänger der Verständigungspolitik gewesen.

Die Bahnpolizei der Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wendet sich gegen in den letzten Tagen erfolgte Angriffe in einzelnen Blättern gegen den Bahnpolizeidienst. Es dürfte von Interesse sein, über diese Einrichtung kurz folgendes zu hören:

Die Deutsche Reichsbahn, die ein Streckennetz von 54 000 Kilometer hat, muß nicht nur ihre Anlagen und Vorratsstoffe betreuen, sondern auch die Reisenden und die ihr anvertrauten Güter sicher befördern. Der Sicherheitsdienst der Reichsbahn zerfällt in den Streifendienst und freiwilligen Bahnschutzdienst. Dieser Bahnschutz hat sich 1921 gebildet, anlässlich der mitteldeutschen Unruhen. Politische Bestrebungen sind im Bahnpolizeidienst ausdrücklich ausgeschlossen, irgend welche Verbindung mit Wehr- oder anderen Verbänden wird nicht gebildet.

Die Voruntersuchung im Fabag-Prozess vor dem Abschluss

Man rechnet mit einer viermonatigen Dauer

Nachdem die Arbeiten des Untersuchungsrichters im Prozess gegen die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG. nunmehr zum größten Teil abgeschlossen sind, kann damit gerechnet werden, daß die Unternehmung Ende dieses Monats eingestellt wird. Innerhalb von zwei Monaten dürfte dann die Anklageerhebung erfolgen. Da die Angeklagten das Recht haben, sich innerhalb weiterer zweier Monate zu der Anklage zu äußern, dürften die Verhandlungen nicht vor Ablauf der Gerichtsferien, also vor Mitte September, beginnen können.

Man nimmt an, daß die Verhandlungen selbst einen Zeitraum von etwa vier Monaten beanspruchen werden. Interessant sind ein paar Daten über die rasche Karriere von Direktor Sauerbrey innerhalb der Fabag. Sauerbrey trat 1916 bei der Fabag als Lehrling ein, wurde bereits 1922 Bevollmächtigter, 1924 Prokurist und 1928 Direktor der Südwestdeutschen Bank, sowie ordentliches Mitglied des Vorstandes der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland.

Die oberösterreichischen Minderheitsschulen vor dem Gaager Gerichtshof. Der wegen der deutschen Minderheitsschulen in Ost-oberösterreich entstandene deutsch-polnische Streitfall ist dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vom Völkerverbundrat zur gutachtlichen Entscheidung unterbreitet worden.

Zusammenschluß der hessischen Landeskirchen. Nach einer Meldung der „Christlichen Welt“ sind die Verhandlungen für den Zusammenschluß der fünf evangelischen Landeskirchen von Hessen-Kassel, Nassau, Frankfurt a. M., Hessen-Darmstadt und Waldeck so weit fortgeschritten, daß Ende 1931 oder zu Beginn 1932 ein erster gemeinsamer Kirchentag in Worms abgehalten werden kann.

Für den Zusammenschluß Hamburg-Lübeck sprachen sich die sozialdemokratischen Organisationen beider freien Städte aus.

Neues Erdbeben in Neuseeland

W.D. Wellington, 9. Febr. Im Gebiet der Hawkes-Bucht wurde gestern nachmittags 2 Uhr die stärkste Erdbeben seit Dienstag verspürt, der besonders in den auch beim letzten Erdbeben am schwersten heimgesuchten Städten Napier und Hastings Schaden verursachte. An den Abhängen von Muff Hill, einem Berg bei Napier, ereigneten sich gewaltige Erdrutsche. Ungeheure Sturzwellen überfluteten die Küsten.

Der neu angerichtete Schaden beschränkt sich aber auf weitere Einstürze in den bereits zerstörten Bauwerken.

Vertrauensvotum des Reichstags

Das Ergebnis der Samstag-Abstimmungen

Der Reichstanzler und die Reichsregierung haben als Ergebnis der am Samstag abgeschlossenen Beratung des Etats des Reichsministeriums ein Vertrauensvotum des Reichstages erreicht. Der von den Kommunisten und Nationalsozialisten eingebrachte Misstrauensantrag gegen das Kabinett ist, wie schon gemeldet, abgelehnt worden, und zwar mit 292 gegen 220 Stimmen bei 13 Enthaltungen.

Der Rest der Aussprache über den Etat des Reichstanzlers und des Reichspräsidenten hätte sich normalerweise in kurzer Zeit erledigen lassen. Die Tatsache aber, daß auf der Tagesordnung auch der viel besprochene Antrag auf Verschärfung der Geschäftsordnung stand, hatte die dadurch bedrohte Opposition veranlaßt, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel gegen die Erledigung dieser Frage anzuwenden. So bot die Samstag-Sitzung das Bild eines erbitterten Kampfes zwischen Mehrheit und obstruierender Minderheit.

Schon bei Beginn der Sitzung hatten Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale die Abfehlung der Geschäftsordnungsfrage von der Tagesordnung verlangt. Ihr Antrag wurde unter Pfürufen der Minderheit abgelehnt. Als dann nach Ablehnung des Misstrauensantrags der Etat des Reichstanzlers und des Reichspräsidenten verabschiedet werden sollte, wandte die Opposition alle Mittel an, um die Erledigung möglichst lange hinauszuzögern. Der Samstag ist für solche Obstruktionsmanöver der geeignete Tag, denn die auswärtigen Mitglieder, die den Sonntag in der Heimat verbringen, wollen natürlich am Samstagnachmittag rechtzeitig den Zug erreichen. Gelang es der Opposition also, die Staatsabstimmung bis nach 4 Uhr hinauszuzögern, dann war eine geordnete Erledigung der Geschäftsordnungsfrage am Samstag nicht mehr möglich. Dieses Ziel hat die Opposition erreicht.

Zunächst lag noch von den Deutschnationalen ein Misstrauensantrag gegen Minister Treviranus vor. Über ihn wurde auf Antrag Esser (Zentr.) Übergang zur Tagesordnung mit 312 gegen 206 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen beschlossen. Das Landvolk hatte in diesem Falle für den Antrag Esser gestimmt.

Dann wurde wieder in namentlicher Abstimmung der nationalsozialistische Antrag auf Reichstagsauflösung mit 318 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Nun folgte die Abstimmung damit ein, daß über viele einzelne Etatspositionen namentliche Abstimmungen beantragt wurde. Diese Abstimmungen endeten zwar immer mit dem Sieg der Regierungsmehrheit, aber sie nahmen natürlich viel Zeit in Anspruch.

Der Zentrumsabgeordnete Esser wandte nun ein Mittel an, das Präsident Lobe in der darauffolgenden Auseinandersetzung als einen Notwehrakt gegen Obstruktion bezeichnete. Er beantragte nämlich Übergang zur Tagesordnung über alle noch vorliegenden Änderungsanträge und Annahme des Etats im ganzen. Gegen diesen Schachzug wandten sich in erregten Ausführungen die Redner der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten, aber mit 301 gegen 218 Stimmen wurde der Übergang zur Tagesordnung beschlossen, und nach mehreren namentlichen Abstimmungen über mehr formelle Dinge war auch nach 4 Uhr der Etat des Reichsministeriums im ganzen angenommen.

Zum Etat des Reichspräsidenten ist man am Samstag nicht mehr gekommen, und die Versuche der Opposition, die Verschärfung der Geschäftsordnung von der Tagesordnung der Montag-Sitzung auszuschalten, scheiterten an dem Widerstand der Mehrheit.

In der heutigen Montag-Sitzung, die um 3 Uhr nachmittags beginnt, steht nun neben den Abstimmungen zum Etat des Reichspräsidenten die Geschäftsordnungsfrage auf der Tagesordnung.

Der Reichstanzler an das Handwerk

Auf einer Kundgebung des Westfälisch-Bippischen Handwerkerbundes in Münster (Westf.), zu der sich etwa 8000 Handwerker eingefunden hatten, ergriß auch Reichstanzler Dr. Brüning das Wort.

Der Reichstanzler erklärte zunächst, die Kritik, daß das Tempo, das die von der Regierung getroffenen Maßnahmen aufweisen, nicht dasjenige sei, das der Größe der augenblicklichen Not entspreche, sei schon berechtigt. Aber die Fehler der letzten zwölf Jahre ließen sich eben nicht an einem Tage beseitigen. Das einzige, was das deutsche Volk in dieser verzweifelten Stunde retten könne, sei der Glaube an sich selbst und an seine Kraft. Dieser Glaube fange in dem Augenblick an, in dem das Volk das Vertrauen zu seiner Regierung wieder habe. Bezüglich der Reparationslasten erklärte der Reichstanzler, niemand werde glauben, daß die Reparationslasten dauernd zu erfüllen seien. Aber sie seien auch nicht die einzige Fehlerquelle für die heutigen schweren Verhältnisse. Erst müsse im Innern Ordnung und planmäßige Finanzwirtschaft Platz greifen. Einigkeit in der Verantwortung bei Volk und Regierung, Ablehnung jedes Radikalismus, dann ist die Grundlage gelegt, auf der wir weiterbauen können. — Die Ausführungen des Kanzlers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Das Volksbegehren des Stahlhelms

Ablehnung durch den preussischen Innenminister

Wie der „Antl. preussische Pressebericht“ mitteilt, hat der preussische Minister des Innern, Seevering, an den „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten E. V., in Magdeburg, am 7. Februar folgendes Schreiben gerichtet: „Dem Antrage des „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten E. V., die Rüstungsauslegung für ein Volksbegehren zuzulassen, das auf Auflösung des preussischen Landtags gerichtet ist, vermag ich zur Zeit nicht zu entsprechen. Der Antrag trägt nicht die Unterschrift von 20 000 Stimmberechtigten. Infolgedessen müßte der Vorstand der antragstellenden Vereinigung nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Entscheidung vom 8. Januar 1926 glaubhaft machen, daß hunderttausend stimmberechtigte Mitglieder des „Stahlhelm“ den Antrag unterstützen.“

Der „Stahlhelm“ erklärt dazu, er habe bereits bei Anmeldung des Volksbegehrens beschlossen, daß in den beiden Landesverbänden Berlin und Brandenburg die nur 20 000 Unterschriften gesammelt werden, die auch der Regierung gegenüber gesetzmäßig in jedem Falle genügen. Die dafür nach Vorchrift gedruckten Listen werden seit Sonntag bereits bei den Ortsgruppen ausgefüllt.

Von Seiten der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt, daß die Partei das Volksbegehren unterstützen werde.

Schweizer Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung. Bei der am Sonntag in der Schweiz veranstalteten Volksabstimmung wurde eine Verfassungsänderung im Sinne einer Ausdehnung und Verschärfung des Verbotes, Orden, Titel, Pensionen oder Gedenke von ausländischen Regierungen anzunehmen, mit Dreiviertelmehrheit der Volksstimmen und großer Mehrheit der Kantonsstimmen angenommen.

Die Finanzlage der Städte

Vorschläge zur Arbeitslosenhilfe

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages waren am Freitag und Samstag in Berlin versammelt. Über die schwebenden Fragen der Kommunalpolitik machte eine Abordnung des Vorstandes des Deutschen Städtetages dem Reichsfinanzminister u. a. folgende konkrete Vorschläge:

Das jetzige Nebeneinander von Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtsverbandsloosensfürsorge, von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt mit all den dadurch bedingten Reibungen, Hemmnissen und Kosten müßte beseitigt werden. Zwischen Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt muß eine enge Zusammenarbeit stattfinden. Die Arbeitsämter sollen bei der Feststellung der Arbeitsfähigkeit den Gemeinden bei der Arbeitsvermittlung mitwirken. Die Kosten der dann gemeinsamen Arbeitsfürsorge müßte nach folgenden Gesichtspunkten aufgebracht werden.

Die Arbeitslosen in der Arbeitsfürsorge und in der Wohlfahrtsverbandsloosensfürsorge werden die Zahl von zwei Millionen erreichen. Die Kosten werden 1,4 Milliarden Reichsmark betragen. Dabei ist eine durchschnittliche Jahresunterstützung von 700 Reichsmark angenommen. Hierin sollen das Reich 50 Prozent (700 Millionen), die Länder 25 Prozent (350 Millionen) und die Gemeinden 25 Prozent (350 Mill.) aufbringen. Das Reich kann dafür 420 Millionen Reichsmark verwenden, die für die Arbeitsfürsorge bereits eingeleitet sind. Der Restbetrag des Reiches kann wesentlich aus den zurückgelegten Darlehen der Reichsanstalt aufgebracht werden. Der Reichsfinanzminister wird die Vorschläge des Städtetages eingehend prüfen.

Einigung in der Osthilfefrage

W.D. Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist es nunmehr gelungen, eine Einigung in der Osthilfefrage herbeizuführen. Das Ostkommissariat ist sich sowohl mit Preußen als auch mit der Industrie einig geworden. Die Forderung bei der Umschuldung wird bei der Bank für Industrieobligationen liegen. Außerdem werden die Rentenbank-Kreditanstalt und die Preußische Kasse eingeschaltet, und zwar entsprechend der Menge der Ausbringung, die sich bei der Bank für Industrieobligationen auf 500 Mill., bei der Rentenbank auf 50 und bei der Preußischen Kasse auf 25 Mill. beläuft. Auch in der Frage, ob Arbeitsgemeinschaften von etwa 10–15 Gütern oder Pflanzungsverbänden geschaffen werden sollen, die große Bezirke umfassen und bei der Umschuldung für die zweiten Hypotheken dem entsprechen, was die Generallandbank für die erste Hypothek beibringt, ist eine Einigung erzielt worden.

Damit sind auch die Standpunkte von Industrie und Landwirtschaft ausgeglichen. Am heutigen Montag werden die Formulierungen für diese Einigung in einer Art Mediationsfassung festgelegt. Angeichts der großen Schwierigkeiten, die gerade dieses Problem gemacht hat, sieht man in der Lösung einer großen Erfolg des Reichskabinetts und namentlich des Reichsministers Treviranus.

Abstriche am Reichswehretat?

M. Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Ein Berliner Mittagsblatt hat behauptet, daß zwischen Brüning und der Sozialdemokratie bereits Verhandlungen getroffen worden seien, um auch am Reichswehretat Kürzungen vorzunehmen. An zuständiger Stelle wird die ganze Behauptung als erfunden bezeichnet.

Die neuen Separatistenumtriebe in der Pfalz

M. Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) In der Angelegenheit der verhafteten Separatisten der Pfalz ist dem Oberreichsanwalt ein sich täglich vermehrendes Material zugegangen, das aber noch sehr genauer Nachprüfung bedarf, zumal ja auch hier internationale Fragen eine Rolle spielen, wie die Amnestie anlässlich der Räumung. Die Ermittlungen sind zur Zeit noch nicht abgeschlossen.

Fränkische Hilfsbereitschaft. Wie aus der Pfalz gemeldet wird, stehen in Weßberg und Straßburg an den aus der Pfalz einziehenden Zügen seit Samstag Empfangsformationen mit grümeliger Art und Weise, die aus der Pfalz flüchtenden Separatisten empfangen und betreuen sollen. Von Weßberg und Straßburg aus sollen die Flüchtlinge nach Weßberg weitergeleitet werden. Ob und wie viele flüchtige Separatisten diese Betreuung bisher empfangen haben, ist nicht bekannt.

Kleine Chronik

In Kaiserslautern schloß Samstag nachmittags der Reichskonsulent Karl Burkholder mit einem französischen Militärgewehr nach seinem 20 Jahre alten Sohn Karl, wobei er diesen in die linke Brustseite traf und ihn so schwer verletzete, daß er starb. Der alte V. kümmerte sich wenig um seine Familie und es gab öfters Streit. Als der aus erster Ehe stammende Sohn Karl seiner Stiefmutter zu Hilfe kommen wollte, ereilte ihn der tödliche Schuß des Vaters.

Auf der Main-Weßerbahn zwischen Durbach und Gießen wurde der Schuhfabrikant Schmid aus Birmensdorf tot aufgefunden. Es ist kaum anzunehmen, daß ein Verbrechen vorliegt. Er mußte den Früh-D-Zug von Berlin nach Frankfurt. Er hat vermutlich bei dem Gang nach der Toilette die Türe verriegelt und ist dabei aus dem Zuge gestürzt.

Im Nachmittagszug Köln-Büffel wurde Sonntag morgen bei Küttich der holländische Spediteur Hofman von einem Unbekannten in einer Wutlage. Der Räuber sprang aus dem Zug, er erbeutete 2000 belgische Franken und 350 holl. Gulden, außerdem eine goldene Uhr und fast sämtliche Geschäftspapiere.

Der trockene und kalte Winter Sonntag, der Hunderttausende sportfreudiger Berliner ins Freie gelockt hatte, ist gleichzeitig ein Rekordtag der Unglücksfälle gewesen. Man rechnet damit, daß ungefähr 200 Berliner beim Winterport verunglückt sind. In den Niggelbergen behandelten bis zum Mittag die Sanitäter und Polizeibeamten, die an den beiden großen Niggelbergen postiert waren, bereits 79 Leichtverletzte und 8 Personen, die schwere Brüche davongetragen haben.

In der Ortschaft Giesdorf bei Strausberg (Berlin) erschloß in der vergangenen Nacht der 32jährige Eisenarbeiter Franz Fallner seine Frau, seine beiden Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren, sowie die Mutter und die Schwester seiner Frau. Sodann verlegte er seinen ahnungslos von einem Vergnügen heimkehrenden Schwager durch einen Rauchschieß schwer und tötete schließlich selbst durch einen Kopfschuß. Fallner galt als ruhiger und arbeitssamer Mensch. Es kam jedoch in der Familie häufig zu Selbsttötungen wegen Geldforderungen, die Fallner an seine Schwiegermutter stellen zu können glaubte.

Bei dem vermutlich durch falsche Weichenstellung erfolgten Zusammenstoß zweier Schnellzüge bei Kraukau wurden die beiden Lokomotiven, die Tender und zwei Postwagen zerstört, sowie zwei Personenzüge beschädigt. Vier Personen sind getötet und 23 verletzt worden.

Badischer Teil

Statistisches aus der Evang. Landeskirche

Am 1. Januar 1931 bestanden in der Evang. Landeskirche Badens 476 Pfarren (neben 22 Stellen für landeskirchliche Pfarren ohne Gemeindeamt). Davon waren 431 Pfarren besetzt, 25 nachbarlich oder durch Pfarren im Ruhestand versehen und 20 verwaltet; 3 Stellen für landeskirchliche Pfarren sind unbesetzt. Erledigt wurden im Laufe des Jahres 1930 29 Pfarren, und zwar: durch Veretzung oder andere Verwendung des Inhabers 10, durch Zurücksetzung 7, durch Entlassung auf Ansuchen 6 und durch den Tod 6. Neu errichtet wurden 5 Pfarren. Besetzt wurden 33 Pfarren, und zwar: durch Gemeindevahl 14, durch Ernennung seitens der Kirchenregierung 6, wegen Erfolglosigkeit der Pfarrevahl 1, infolge Verzichtes der Gemeinde auf ihr Wahlrecht 3, infolge Antrags der Gemeinde, einen ihrer Pfarren auf die neue Stelle im Einverständnis mit ihm zu versehen 1, und durch den Patron 6. Ferner wurden 2 Stellen für Pfarren der Landeskirche neu besetzt.

Zu der Zahl von 431 Pfarren kommen 19 Pfarren der Landeskirche ohne Gemeindeamt, 10 Pfarren, die für den Dienst in Vereinen und Anstalten, insbesondere der Innern Mission, beurlaubt sind, 4 aus den Geistlichen der Landeskirche hervorgegangene Pfarren an Staatsanstalten und 23 ebenföhlige Religionslehrer (staatliche Professoren). Unständige Geistliche waren am 1. Januar 1931 122 vorhanden, davon 107 im Dienste der Landeskirche, 6 als unständige Religionslehrer an höheren Lehranstalten und 8 nicht im Dienste der Landeskirche verwendete. Die Gesamtzahl der Pfarren und unständigen Geistlichen beträgt 609. Hinzu kommen noch 8 Pfarrkandidatinnen, von denen 3 als Pfarrgehilfen, 2 als unständige Religionslehrerinnen, 1 als Gemeindefürerin und 2 noch nicht benutzte sind. Im Jahre 1930 sind aus den beiden Hauptprüfungen 18 Geistliche hervorgegangen. Dazu fanden 3 sonstige Aufnahmen statt; der Gesamtzugang betrug 21 gegenüber 24 im Vorjahre. Gestorben sind 6 Pfarren im Dienste und 5 Pfarren im Ruhestand. In den Ruhestand versetzt wurden 7, entlassen bzw. auf Ansuchen entlassen 7 Geistliche. Zu Kirchenräten ernannt wurden 3 Geistliche.

Aus den Parteien

In Pforzheim tagten die Landesvorstände des Mittelstandsbeirates der Zentrumspartei von Württemberg, Baden und der Pfalz. Neben organisatorischen Fragen, die sich insbesondere auf eine engere Zusammenarbeit in den drei genannten Ländern bezogen, wurden wichtige wirtschaftspolitische Fragen besprochen. Man forderte u. a. eine bessere Vertretung des Mittelstandes in den Parlamenten, Steuerfreiheit im öffentlichen Haushalte und Unterbindung von Steuererhöhungen.

Der 1. Bundesführer des „Stahlhelm“, Selbte, der am Freitag in Heidelberg sprach, sprach am Sonntag in Freiburg vor ungefähr 1000 Stahlhelmlern im Paulusaal. Auch hier entwickelte Selbte wie in Heidelberg das Programm des „Stahlhelm“, der das Gesetz des Handels nunmehr selbst in die Hand genommen habe, und mit Hitler marschieren werde, wohl getrennt, aber das gemeinsame Ziel vor Augen.

Nach einer Meldung der Mannheimer „Neuen Badischen Landeszeitung“ ist der frühere Abgeordnete Martin Benedek an die Spitze eines Aktionsausschusses der Radikaldemokratischen Partei für Konstanz und Südbaden getreten.

Aus der badischen Industrie

Zurückführung im Zigarettenvertrieb. Wie erst jetzt bekannt wird, hat der Reichsverband deutscher Zigarettenhersteller unter dem 29. Januar den beiden Tabakarbeiterverbänden die Kündigung sämtlicher Lohnabkommen des Reichstarifvertrages und der Bezirkstarifverträge zugesagt. Die jetzige Regelung gilt noch bis zum 31. März 1931. — Die Zigarettenfabrik Bolmer Gilmel Millheim wird am heutigen Montag vorläufig mit 20 Arbeitern den am 31. Dezember 1930 eingestellten Betrieb wieder aufnehmen.

Neuregelung der Gehälter in der Metallindustrie des Seckreises. Zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Angestelltenverbänden fanden in Konstanz Verhandlungen über eine Neuregelung der Gehälter für die Angestellten der Metallindustrie des Seckreises statt. Es wurde vereinbart, mit Wirkung vom 1. Februar an die Gehälter um 5 Proz. zu kürzen. Einkommen bis zu 125 M bleiben kurzungslos. Das neue Gehaltsabkommen läuft bis zum 31. September 1931 und ist von da an mit monatlicher Frist kündbar.

Die schweizerische Schuhfabrik Bally beschäftigt in Konstanz oder Sigen einen großen Filialbetrieb mit 2000 Arbeitern zu errichten. Grund zu der Maßnahme ist die ab 1. Februar eingetretene Zolländerung für Schuhe. Wie die „Konst. Ztg.“ dazu berichtet, ist bei den Stadtverwaltungen Konstanz und Sigen über ein derartiges Projekt nichts bekannt.

Zulassung des Milch-Dauererhitzungsverfahrens zur Verhütung der Übertragung von Krankheitserregern auf Menschen und Tiere

B. A. In den zum Reichs Viehseuchengesetz erlassenen bundesrechtlichen Ausführungsbestimmungen ist in einer Reihe von Fällen für die Abgabe von Milch und Milchprodukten ihre vorübergehende ausreichende Erhitzung vorgesehen. So hat eine solche zu erfolgen bei Milch von Kühen, die auf Schlachthöfen oder Schlachthöfen oder in öffentlichen Schlachthäusern zu Schlacht- oder Handlungszwecken aufgestellt sind, bei Milch von Tieren und aus Weiden, in denen der Verdacht oder der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche festgestellt ist, bei Milch von Kühen, die an Tuberkulose erkrankt oder dieser Seuche verdächtig sind, und endlich bei Milch und Milchprodukten aus solchen Sammelmolkereien, welche diese als Futtermittel für Tiere abgeben oder als solche im eigenen Betrieb der Molkerei verwenden.

Die zur Erhitzung der Milch und Milchprodukte bisher zugelassenen Verfahren haben vom landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Standpunkt aus zum Teil recht wenig befriedigt. Diesem Mangel ist dadurch abgeholfen worden, daß durch Verordnung des Reichsministers des Innern über Änderung des § 28 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 28. November 1930 zu solcher Erhitzung künftig auch die Dauererhitzung (Dauerpasteurisierung) auf 60 bis 63 Grad für die Dauer einer halben Stunde in amtlich geprüften und zu überwachenden Einrichtungen zugelassen ist. Zur Inbetriebnahme eines Dauererhitzungsapparates zu dem in Frage stehenden Zweck ist daher zuvor die Erlaubnis des Ministeriums des Innern erforderlich, an das hierwegen durch Vermittlung des Bezirksamts entsprechender Antrag unter Angabe des für den Apparat in Aussicht genommenen Systems zu richten wäre. Da für die Sicherheit der keimtötenden Wirkung des Dauererhitzungsverfahrens eine sorgfältige Konstruktion und einwandfreie Betriebsweise des Dauererhitzungsapparates die erste Voraussetzung ist, wird die Erteilung der amtlichen Genehmigung seiner Anwendung davon abhängig zu machen sein, daß das für den Apparat gewählte System den zu stellenden Forderungen in vollem Maße entspricht.

6 Jahre Neckar-Verkehrsverband

Hauptversammlung in Neckargemünd

Am Samstagvormittag hielt der Neckarverkehrsverband in Neckargemünd Bürgerausführungsausschuss seine 6. Hauptversammlung ab. Bürgermeister Sailer (Wimpfen) begrüßte die Regierungsvertreter von Baden, Hessen und Württemberg, der Städte Heidelberg und Heilbronn, der Handelstammern Heidelberg, Heilbronn und Darmstadt, der Behörden usw., besonders Geh. Regierungsrat Landrat Dr. Kiefer (Heidelberg), der die Grüße des badischen Innenministers überbrachte und den badischen Landeskommissar Guth-Vender (Mannheim). Für die Stadt und den Verkehrsverein Neckargemünd bewillkommnete Bürgermeister Mühsig.

Jahres- und Kassensbericht fanden keine Einwendung. Sehr reger war die Propagandätätigkeit, auch wurde das Redaktionsbuch neu herausgegeben. Der Gesamtvorstand wurde ohne Aussprache wiedergewählt. Nach einer kleinen Ansprache fand der Vorschlag einstimmige Annahme. Die Neckar-N.G. wurde wieder in den Verband aufgenommen.

Im ersten Referat sprach Regierungsrat Dr. Kiefer (Darmstadt) über Fragen des Eisenbahnfahrplans. Verbesserungen würden vom östlichen Oberrhein und dem mittleren Neckartal nachhaltig gefordert. Beachtung für nötige Verbindungen verdienen auch die kleinen Gemeinden. Endlich müsse das zweite Paar Oberrhein-Neckar-Eisenbahn Frankfurt und Darmstadt—Heilbronn—Neckar—Stuttgart dem Verkehr übergeben werden. Vor allem müsse darauf geachtet werden, daß ein reichlicher und flatter Durchgangsverkehr gegeben sei.

Das Referat von Bürgermeister Dr. Frank (Eberbach) erstreckte sich auf Straßen- und Schiffahrtsfragen. Der Redner gab bekannt, daß z. B. in Eberbach, Girsbach, Neckarhulm, Lauffen, Jagfeld usw. Ausweichungsstraßen gebaut werden sollen, die von besonderem Werte sein würden, ebenso die Zubringerstraßen. Der Zustand der Straßen Neckarhulm—Schönau, Wimpfen—Kappenaau, Neckargemünd—Mosbach wurde allgemein als schlecht bezeichnet. Von der Neckar-Dampfschiffahrts-Gesellschaft Weilbronn, die im Vorjahr ihren Betrieb einstellen mußte, wurde bekannt, daß Bestrebungen im Gange seien, sie wieder in Betrieb zu nehmen.

Den Bericht der Siedlungskommission erstattete Bürgermeister Mühsig. Er teilte mit, daß der Süddeutsche Kanalverein die Landesplanung in Angriff genommen habe, als er aus Sachmännern einen Ausschuss zur Weiterberatung gebildet habe. Für die Strecken Mannheim—Heidelberg, Heidelberg—Stuttgart und Heidelberg—Heilbronn sei die Landesplanung bereits in Angriff genommen worden. Bei der Durchführung mache der Mangel an Einsicht bei den Gemeinden Schwierigkeiten, durch das Nichtbewilligen der erforderlichen Mittel. Das badische Innenministerium habe die Gewähr eines Beitrages abgelehnt. Das württembergische Innenministerium dagegen habe einen solchen zugesagt. Den Redaktionsgemeinden wurde bedeutet, daß sie ihre Interessen nur dadurch wahren könnten, daß sie rechtzeitig Mittel bewilligen würden.

Gegen die Auswüchse der Landratsreflektoren fand Geh. Regierungsrat Dr. Kiefer geharnischte Worte. Nach seinen beifällig aufgenommenen Ansprüchen konnte Bürgermeister Sailer die gut verlaufene Hauptversammlung beschließen. Im Anschluß an das gemeinsame Mittagessen fand eine Fahrt mit dem Omnibus zum Dilsberg statt.

Bürgermeisterwahlen. In Bad Nappenau findet am 15. Februar die Neuwahl des Bürgermeisters statt. Man rechnet mit der Wiederwahl des bisherigen Stadtoberhauptes Hofmann. — In Zell a. S. ist auch der zweite Wahlgang ergebnislos verlaufen. Es ist ein dritter Wahlgang notwendig. Verläuft auch dieser ohne Ergebnis, so wird ein kommissarischer Bürgermeister ernannt werden.

Amerikanische Erbschaft einer badischen Gemeinde. Der Gemeinde sind von der Tochter eines hier geborenen Deutsch-Amerikaners, Lily Wehrle, testamentarisch 800 000 M im Nacherbgang vermacht worden. Bis zum Tode der Schwester der Erblasserin hat diese den Nießbrauch am Vermögen. Mit dem Tode soll ein Heim für ältere, alleinlebende Personen errichtet werden.

28 Bewerber für einen Oberbürgermeisterposten. Für den durch den Tod des Oberbürgermeisters Dr. Schmid in Ludwigsburg (Württemberg) erledigten Stadtvorstandsposten in Ludwigsburg sind bis zum Ablauf der Meldefrist am Samstag 28 Bewerbungen eingegangen, und zwar 11 aus Württemberg und 17 von Nichtwürttembergern. Unter den letzteren befindet sich der Eberbacher Bürgermeister Dr. Frank.

Aus der Landeshauptstadt

Die Folgen einer Schneeballschlacht. Der Polizeibericht meldet: Am Donnerstag und Freitag warfen die Schüler der in der Englerstraße gelegenen Mittelschulen auf dieser Straße Schneebällen und belästigten dabei auch die Passanten erheblich. Die von den Passanten hinzugerufenen Polizeibeamten wurden von den Schülern mit lautem Hullo und Geschrei empfangen und mit Schneebällen beworfen. Dabei wurde von einzelnen Schülern auch „Pfu“ und „Heil“ gerufen. Die Direktoren der beteiligten Schulen haben auf Ersuchen der Polizei sofort eine Unterziehung eingeleitet und Maßnahmen getroffen, die eine Wiederholung derartigen Vorgangs verhindern werden. Soweit bei diesem Vorgang Studenten der Technischen Hochschule beteiligt waren, wird durch eine Untersuchung im Benehmen mit dem Rektor der Technischen Hochschule nach festgestellt, so daß die Schuldigen auch hier zur Verantwortung gezogen werden.

Badisches Landesheater. Außer je einer Wiederholung der Kreuzerischen Oper „Das Nachtlager in Granada“ für die Volkshäuser am heutigen Montag und Mittwoch, den 11., sowie des Lustspiels „Das Konto X“ am Dienstag, den 10. Februar, beginnen am Freitag, den 13. Februar, die allabendlich bis einschließlich Dienstag, den 17. Februar, stattfindenden Vorstellungen des diesjährigen „Fähnletheaters“, die nach am Sonntag, den 15. Februar, durch eine Nachmittagsvorstellung vermehrt werden. Der Vorverkauf für diese Aufführungen hat bereits begonnen und läßt bereits die außerordentliche Zugkraft dieser Veranstaltung erkennen. Es dürfte daher ratsam sein, sich rechtzeitig die gewünschten, sonst schnell vergriffenen Theaterkarten zu sichern.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die Frostwetterlage hat angehalten, da das osteuropäische Hochdruckgebiet seinen Einfluß auf unsere Bitterung beibehalten hat. Zu Schneefällen ist es nur noch vereinzelt gekommen. Die Bitterung hat jetzt antizyklonalen Charakter angenommen, wie sich aus der heute früh in der Höhe statt ausgeprägten Temperaturumkehr ergibt. Feldberg minus 6 Grad, dagegen Bad minus 23 Grad und Rheinebene minus 10 Grad. Voraussage: Fortdauer des vorwiegend heiteren Frostwetters mit Temperaturumkehr im Hochschwarzwald.

Wasserstände: Waldshut 213 minus 2, Basel 21 minus 3, Schutterstein 77 minus 6, Regl 28 minus 9, Maxau 408 minus 9, Mannheim 322 minus 15. Gaub über 200 Zentimeter.

Ringkämpfe im Colosseumtheater. Heute abend ringen: Thomson gegen Hebringer, Stolzenwald gegen Wildmann, Stop gegen Küpper. In Entscheidungskämpfe treffen sich Budrus und Krich.

Kurze Nachrichten aus Baden

Strenge Kälte

D3. Freiburg i. Br., 9. Febr. Das außerordentlich starke Abfallen der Temperatur der letzten Tage hat eine erhebliche Verschärfung der Kälte in Südbaden und Württemberg gebracht. Heute früh wurden in Freiburg und Umgebung bis zu 17 Grad unter Null verzeichnet. In den freien Lagen des Oberrheintales ist die Temperatur bis auf 20 Grad, in den mittleren Gebirgslagen stellenweise über 20 Grad unter Null gesunken, so in Furtwangen auf 22 Grad, ebenso in Titisee. Dagegen machte sich auf dem Feldberg eine Temperaturumkehr bemerkbar, wo man nur 6 Grad Kälte hatte. Heute ist wohl auch in Württemberg der kälteste Tag dieses Winters festzustellen. Vom Flugplatz Pöfingen und anderen Plätzen wird eine Kälte von 19 Grad gemeldet.

Auflösung des Überfalls im D-Zug

W.D. Mühlrad, 8. Febr. (Tel.) Der Überfall im D-Zug ist nun vollständig aufget. Der Täter, ein 24-jähriger Buchbinder aus der Tschechoslowakei, wollte nach Frankreich auswandern, besaß aber keinen Paß und stieg in der Hoffnung ein, sich einen solchen während der Fahrt gewaltsam aneignen zu können. Er behauptet, daß es ihm nicht um den Besitz der Wertsachen des Überfallenen, sondern nur um dessen Reisepaß zu tun war. Unterwegs lernte er dann Duden kennen. Dieser war eingeschlafen. In der Nähe von Vietriheim richtete er die Waffe gegen Duden, um diesen zu erschrecken. Damit der Schall des Schusses abgedämpft werde, schloß er durch einen Mantel hindurch. Dadurch entstand aber eine Ladehemmung, so daß er einen zweiten und dann wahrscheinlich tödlichen Schuß nicht abgeben konnte. Da der Überfallene um Hilfe rief, flüchtete der Täter zurück, bis in den letzten Wagen des Zuges, wo er sich unbemerkt auf die hinterste Treppe setzte. Dori wartete er, bis der Zug in die Nähe von Mühlrad kam und langsam fuhr. Dann sprang er ab und lief weiter, bis er in Dettingen gefaßt wurde.

D3. Heidelberg, 8. Febr. Beim Abeln auf dem Königstuhl ereignete sich gestern im Laufe des Tages wegen Vereisung der Abelnbahn zahlreiche leichte Unfallsfälle, doch wurden dadurch auch zwei schwere Unfälle hervorgerufen. Ein 18-jähriger Zimmermann und ein etwas älterer Mann aus Heidelberg erlitten schwere Verletzungen, die in beiden Fällen operative Eingriffe im Krankenhaus nötig machten. Einem der beiden Verletzten mußten die Nieren wegen Vereisung herausgenommen werden.

D3. Bruchsal, 7. Febr. Hier starb im 80. Lebensjahre Jubelpriester Hofrat Karl Gremmelspader, früherer Direktor der Bruchsaler Realshule. Erst kürzlich konnte Hofrat Gremmelspader die Vollendung seines 80. Lebensjahres begehen.

D3. Ettlingen, 9. Febr. Die in der ehemaligen Pulverfabrik bei St. Johann an der Mörscherstraße errichtete Geflügelfarm stand gestern abend um 8 Uhr plötzlich in Flammen. Die Stallungen brannten aus; circa 200 Hühner sind umgekommen. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend.

W.D. Offenburg, 9. Febr. Ein neunjähriger Volksschüler fuhr beim Abeln auf dem Oberharmersbach auf den letzten Personenwagen eines Zuges, der von seinem Vater geführt wurde, auf und wurde getötet.

D3. Bruchsal, 7. Febr. Die Zahl der Grippekranken in Bruchsal hat in den letzten Tagen erheblich zugenommen. In den Schulen fehlen eine ganze Anzahl Kinder, aber auch unter den Erwachsenen macht sie sich breit. Die Krankenkassen haben einen außerordentlich starken Zugang an Erkrankten zu verzeichnen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Februar		7. Februar	
	Geld	Silber	Geld	Silber
Amsterdam 100 G.	168.70	169.12	168.71	169.05
Kopenhagen 100 Kr.	112.47	112.69	112.42	112.64
Italien . . . 100 L.	22.005	22.045	22.005	22.045
London . . . 1 Pfd.	20.433	20.473	20.423	20.463
New York 1 D.	42.015	42.095	42.010	42.090
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.47	16.51
Schweiz . . . 100 Fr.	81.17	81.33	81.185	81.345
Wien 100 Schilling	59.03	59.15	59.035	59.155
Brag. . . . 100 Kr.	12.433	12.453	12.433	12.463

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 4. Februar berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 113,7 gegenüber der Vorwoche um 0,2 Proz., im Monatsdurchschnitt Januar gegenüber dem Vormonat um 2,2 Proz. zurückgegangen.

Der Kaiser Rheinischen-Umschlag im Januar. Im Januar verzeichnete der Güterumschlag in den Kaiser Rheinischen Anlagen eine in diesem Monat noch nie erreichte Ziffer. Es wurden 64 084 Tonnen umgeschlagen gegen 55 208 Tonnen im Januar 1930. Der Bergverkehr war gänzlich auf den Kanal angewiesen, während der Talverkehr sowohl über den offenen Strom, als über den Kanal geleitet wurde.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Den außerordentlichen Professor an der Universität Göttingen Dr. Hans Mortensen zum ordentlichen Professor für Geographie an der Universität Freiburg; Musiklehrer Karl Boreck an der Elisabethschule in Mannheim zum Studienrat dafelbst.

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Studienrat Dr. Hermann Mächel an der Handelshochschule in Tübingen an jene in Laub; Studienrat Konrad Graf von der Bürgerschule in Gengenbach an das Realgymnasium in Freiburg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Professor Leo Kern an der Realshule in Mannheim bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.
Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Hauptlehrerin Elisabeth Reichel in Freiburg.

Gestorben:

Hauptlehrer Karl Maier in Schwörstadt; Hauptlehrerin Anna von Schenk an der Mädchenrealschule mit Mädchenrealgymnasium und Mädchenoberrealschule in Heidelberg.

Bezirks-Sparkasse Schönau i. Schw. Städt. Sparkasse Wertheim a. Main
(Öffentliche Verbandssparkasse) (Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen		Schulden	
RM		RM	
1. Kassenbestand	15 808,28	1. Spareinlagen	1 350 117,24
2. Guthaben bei den Landesbanken, Banken und Postsparkassen	140 086,49	2. Aufwertungseinlagen	516 869,83
3. Wechsel	36 755,09	3. Giroeinlagen	177 916,87
4. Kontokorrentkredite	263 639,32	4. Kontokorrentkreditoren	7 584,15
5. Feste Hypothekendarlehen	799 436,—	5. Anlehenskapitalien (Umschuldungskredit)	14 633,61
6. Gemeindepfandbriefdarlehen	375 634,—	6. Reservefonds per Ende 1929	109 591,56
7. Schuldverschreibungen (Bürgschaft)	81 429,98	7. Reingewinn 1930	28 794,96
8. Einlage beim Sparzinsverband	38 900,—		
9. Kapitalanlagen aus Sonderkreditmitteln	14 664,52		
10. Einnahmerückstände	38 566,65		
11. Aufwertungsfordern.	374 536,45		
12. Aufwertungsabrechnungsfondo	26 050,44		
13. Gerätschaften	1,—		
	2 205 508,22		2 205 508,22

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

6% aus 1 535 618,— RM = 92 137,10 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 138 386,52 RM
 Mit hin Überschuß = 46 249,42 RM

Schönau i. Schwarzwald, den 5. Februar 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Walter, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Eger.

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Aktiva		Passiva	
RM		RM	
1. Kassenbestand	19 611,74	1. Guthaben der Einleger	
2. Bad. Komm.-Landesbank	383 557,44	a) Spareinlagen (darunt. aufgew. RM 475 619,09)	2 697 460,48
3. Reichsbank- und Postsparkassenguthaben	9 351,58	b) Giro- u. Scheckeinlag.	228 774,21
4. Wechsel	31 844,43	2. Rücklagen	
5. Kontokorrentkredite	350 665,19	a) gesetzl. Reserve	117 324,21
6. Wertpapiere	55 575,—	b) Sonderrücklage	20 000,—
7. Hypothekendarlehen	986 409,40	3. Reingewinn für 1930	52 416,79
8. Gemeinde-Darlehen	680 179,86		
9. Einlage beim Sparzinsverband	56 000,—		
10. Grundstückskaufgelder	60 607,96		
11. Schuldverschreibungen	157 826,80		
12. Aufwertungsfordern.	302 624,06		
13. Einnahme-Rückstände	21 821,23		
14. Gerätschaften	1,—		
	3 115 975,69		3 115 975,69

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus RM 2 926 234,69 Einlagen = RM 146 311,73
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = RM 146 311,73

Wertheim a. M., den 3. Febr. 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Gordon, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Göb.

Gemeindeveranschlag 1931

Ein den besonderen Verhältnissen für das Jahr 1931 Rechnung tragender Vordruck ist soeben erschienen und kann von unserm Vordrucklager Dr. u. J. B. B. bezogen werden. Für bereits bezogene Vordrucke werden auf Wunsch Ersatzblätter für die Steuerberechnung nachgeliefert.

Bad. Kommunalverlag.

Wir werben für Sie!

N. 282. Drucksal. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns und Gastwirts Heinrich Weid in Forst wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Drucksal, 3. Febr. 1931.

Amtsgericht IV.



Badisches Landestheater

Dienstag, 10. Febr. 1931

* B 16

Das Konto X

Von Bernauer und Oesterreicher

Regie: Herz

Mitwirkende:

Ermarth, Genter, Rühoff,

Selling, Heßlein, Brand,

Gemmede, Höder, Just,

Kloble, Kühne, Wegner,

Müller

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise A (0,70-5 RM)

Mi. 11. 2. Das Nachtlager

in Granada. Do. 12. 2. Keine

Vorstellung. Fr. 13. 2. Fast-

nacht-Sabarett. Sa. 14. 2.

Fastnacht-Sabarett. So. 15. 2.

Fastnacht-Sabarett. Mo. 16. 2.

Fastnacht-Sabarett. Di. 17. 2.

Fastnacht-Sabarett.

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. A. 437. Handelsregister eintrag A. B. III O. 3. 2. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Baden-Baden in Baden-Baden. Dr. Paul Bonn und Selmar Fehr sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Baden, 22. Jan. 1931. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Heidelberg. A. 430. Handelsregister A. B. II O. 3. 48. zur Firma Salkin Salzbrunn vormals de Thon & Compagnie Aktiengesellschaft in Heidelberg. Die Aktiengesellschaft, deren Firma ohne Liquidation gelöst war, ist in den Liquidationszustand getreten. Liquidator ist der Kaufmann Ferdinand Jädel in Gersweiler bei Saarbrücken. Baden IV O. 3. 109. Firma Füllfederfabrik Heidelberg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Januar 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist Fabrikation und Vertrieb von Füllfederhaltern, Füllbleistiften und verwandten Artikeln. Stammkapital 20 400 M. Geschäftsführer sind die Kaufleute Heinrich Schlipf in Heidelberg, Heinrich Geborn in Bergisch Gladbach, Leo Wätzigheimer in Köln. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Heidelberg, 26. Jan. 1931. Amtsgericht.

Karlsruhe. A. 431. Handelsregister einträge. 1. Gustav Wolf jr., Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Karl Baer ist alleiniger Inhaber der Firma. 2. Heinr. Stöcker, Zweigniederlassung, Karlsruhe, Hauptst. Mühlheim a. M. Die Firma der Zweigniederlassung sowie die Prokuren sind erloschen. 26. 1. 31. 3. W. Hebesberger, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Kaufmann Wilhelm Hebesberger Witwe, Marie geb. Schaffnit, Karlsruhe. 27. 1. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. A. 432. Handelsregister einträge. 1. Berlin-Karlsruher Industrie-Werke, Aktiengesellschaft in Berlin mit Zweigniederlassung in Karlsruhe. Georg Boewe ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Die Prokura des Willy Konneburg ist erloschen. 2. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, Hauptst. Berlin. Die Prokuren Gerhard Krüger u. Friedrich Vogt sind erloschen. 29. 1. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Rehl. A. 425. Handelsregister. 1. Firma „Rhenus“ Transportgesellschaft mit beschränkter Haftung Zweigniederlassung in Frankfurt a. M. Der Kaufmann Fritz Thomas in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. 2. Firma G. & L. Stein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rehl. Die Prokura des Siegfried Ray in Rehl ist erloschen. Rehl, 22. Jan. 1931. Bad. Amtsgericht.

Rehl. A. 425. Handelsregister. Firma „Rhenus“ Transport-Gesellschaft in Rehl. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 23. Dezember 1930 wurde das Stammkapital auf 200 000 M. erhöht u. der Gesellschaftsvertrag dementsprechend geändert. Rehl, 24. Jan. 1931. Bad. Amtsgericht.

Mannheim. A. 420. Handelsregister einträge vom 17. Jan. 1931: Rhenus Transport-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Niederlassung Mannheim in Mannheim, Zweigniederlassung. Sitz Frankfurt a. M.: Kaufmann Fritz Thomas in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Vereinigte Jute-Spinnereien und Webereien Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Mannheim vormals Süddeutsche Jute-industrie in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Vereinigte Jute-Spinnereien und Webereien Aktiengesellschaft in

Hamburg. Die Zweigniederlassung ist aufgehoben. G. Waber & Söhne Aktiengesellschaft, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das bisherige Vorstandsmittelglied Kaufmann Hermann Reuter in Mannheim ist alleiniger Liquidator. Motoren-Werke Mannheim Aktiengesellschaft vorm. Benz, Wkt. Stationärer Motorenbau, Mannheim: Dipl.-Ing. Wilhelm Hommel in Mannheim ist zum Mitglied, Ingenieur Alfred Barthel in Ebingen zum stellvertretenden Mitglied des Vorstands bestellt. Die Prokura des Alfred Barthel ist erloschen. Stok-Kontakt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Hans Schumann ist erloschen. Zellstofffabrik Waldbach, Mannheim: Dem Dr. jur. Rudolf Haas in Mannheim ist die Gesamtprokura erteilt. Er ist in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt. Rheinische Gummi- und Cellulose-Fabrik, Mannheim: Dr. William Berghegger ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Imhoff & Stahl Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Georg Schlotterer ist erloschen. Mannheimer Metall-Gießerei Karl Müller Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Durch Gesellschaftsbeschuß vom 17. Dezember 1930 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Vertretungsbefugnis geändert. Karl Müller ist nicht mehr Geschäftsführer. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Karl Han. Müller, Techniker, Friedrich Otto Müller, Kaufmann, Jakob Müller, Schlosser, alle in Mannheim. Die Prokura des Friedrich Otto Müller ist erloschen. Strebelwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Dem Wilhelm Eberhard Wienhaus in Mannheim ist Gesamtprokura erteilt. Mannheimer Hof Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der

Gesellschaftsvertrag ist am 18. November 1930 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Kauf und Pachtung von Hotels, insbesondere Pachtung des Palasthotels Mannheimer Hof in Mannheim, der Betrieb einer Weingroßhandlung und Beteiligung an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmungen. Das Stammkapital beträgt 30 000 M. Georg Köstner, Kaufmann, Erfurt, ist Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, mit einer Frist von 6 Monaten die Gesellschaft zu kündigen. Die Kündigung ist jedoch solange ausgeschlossen, als der unter dem 29. Oktober 1930 von den Geschäftsführern abgeschlossene Nachvertrag mit der Mannheimer Hotelgesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim läuft. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger: Geschäftslokal: Augusta-Anlage 4-8. Mayer-Gibson & Co., Mannheim: Die Kommanditgesellschaft hat am 16. Dezember 1930 begonnen. Leonore Mayer-Gibson geb. Wolf, Ehefrau des Ingenieurs Franz Mayer-Gibson, in Mannheim, ist persönlich haftende Gesellschafterin. Dem Ingenieur Franz Mayer-Gibson in Mannheim ist Prokura erteilt. Die Gesellschaft hat einen Kommanditisten. Rudolf Rinderspacher, Mannheim: Inhaber ist Kaufmann Rudolf Rinderspacher in Mannheim. Geschäftszweig: Handel mit Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee u. dgl. Vieleseler Wäsche-Vertrieb Julius Glüdauf Kommanditgesellschaft Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Vieleseler-Wäsche-Vertrieb Julius Glüdauf Kommanditgesellschaft, Wuppertal-Eberfeld: Prokura ist erteilt an Renne Robbe in Wuppertal-Eberfeld. Gertrude Stanicek, Mannheim-Luzernberg: Die Firma ist erloschen.

Heinrich Heib, Mannheim-Heubheim: Die Firma ist erloschen. Girsch-Drogerie Jakob Ollenborff, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Thomas Walsh, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, F.-O. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 421. Handelsregister einträge vom 21. Jan. 1931: Automobil-Zubehör-Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorm. Häftele & Heubel, Mannheim: Die bisherigen Geschäftsführer Paul Häftele und Friedrich Rietzmaier sind Liquidatoren. Die Firma ist erloschen. Mannesmannröhren-Lager Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptst. Frankfurt a. M.: Die Prokura des Jakob Homburger ist erloschen. Siegerin-Goldmann-Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Otto Johns ist erloschen. Carl Heuckmann & Sohn, Mannheim: Die Prokura der Martha Hausmann ist erloschen. Die Ausschließung der Vertretungsbefugnis der Gesellschafterin Frau Margarete Hausmann geb. Schenk ist aufgehoben. Heinrich Abel, Gutfabrik, Ludwigsburg: Die Firma ist erloschen. Erste Mannheimer Stempel-Fabrik Georg Wader, Mannheim-Neckarau: Die Firma lautet jetzt: Stempelfabrik, Buchdruckerei, Gravuranstalt Georg Wader. Das Geschäft ist mit Aktiven und Passiven und samt der Firma von Marie Wader geb. Wollner auf Gravurmeister Georg Wader, Mannheim-Neckarau, übergegangen, der es als alleiniger Inhaber unter der Firma Stempelfabrik, Buchdruckerei, Gravuranstalt Georg Wader weiterführt. Die Prokura des Georg Wader ist erloschen. Lorenz Gegenwart Sannata Krüner, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Simon Wagner & Co., Mannheim: Die Firma

lautet jetzt: Simon Wagner & Co. Nachfolger. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt der Firma ist auf Ruth Wagner geb. Karl, Ehefrau des Kaufmanns Josef Wagner, Mannheim, übergegangen, die es unter der Firma Simon Wagner & Co. Nachfolger weiterführt. Justin Neu, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. Fortuna-Apotheke Max Schill, Mannheim: Inhaber ist Apotheker Max Schill, Mannheim. Bernhard Franz „Valencia-Garten“, Mannheim: Inhaber ist Kaufmann Bernhard Franz, Mannheim. Bad. Amtsgericht, F.-O. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 422. Handelsregister einträge vom 22. Jan. 1931: Kleinwohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1930 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau u. die Verwaltung von Wohnungen, die wesentlich der Förderung minderbemittelter Volksschichten dienen. Die Gesellschaft kann sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen beteiligen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Reichsmark. August Ludwig, Architekt, Mannheim, ist Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Holzstraße 4-8. Rheinisch-Badische Handelsgesellschaft für Kohlenwerkstoffe mit beschränkter Haftung, Mannheim: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung v. 12. Januar 1931 ist der Gesellschaftsvertrag in § 1 (Firma) geändert. Die Firma ist geändert in: Kohlenwerkstoffe Gesell-

schaft mit beschränkter Haftung. Reim & Cie. Badische Automobil-Fabrik, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, F.-O. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 424. Handelsregister einträge vom 24. Januar 1931. G. F. Boehringer & Soehne Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der bisherige stellvertretende Geschäftsführer Paul Freyding in Mannheim-Heubheim ist zum ordentlichen Geschäftsführer bestellt. Der stellvertretende Geschäftsführer Dr. Eduard Köbner ist ausgeschieden. Die Prokura des Dr. Lorenz Ach und des Max Rozen ist erloschen. Schwarzwaldbwerke Lang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Diplomingenieur Eugen Gerlich ist nicht mehr Geschäftsführer. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Mannheim in Mannheim, Zweigniederlassung der Firma Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin: Die Prokura von Alois Erder, Adolf Krichger, Georg Schmidt, Wilhelm Goldermann u. Eugen Hirsch ist erloschen. Dr. Paul Bonn und Selmar Fehr sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. Erste Mannheimer Tabak-Manufaktur Adolf Burger, Mannheim: Die Firma ist geändert in: Adolf Burger. Karl Oh. Weidner, Mannheim-Neckarau: Die Firma ist erloschen. Hedwig Oek, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Theodor Defner, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, F.-O. 4, Mannheim.

Offenburg. A. 281. Handelsregister eintrag A. B. Vd. I O. 3. 59. zu Firma Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Offenburg: Die Prokura für Arthur Wagner ist erloschen. Offenburg, den 4. Februar 1931. Amtsgericht III.